
Wirtschaft demokratisieren, Konzernmacht begrenzen



Gliederung

- 1) Einleitung: Wirtschaft und Demokratie
- 2) Die aktuelle Konzentration ökonomischer Macht...
- 3) ... als Demokratie-Problem
(Pause)
- 4) Ansatzpunkte für eine demokratisch gestaltbare, ausgewogene Ökonomie
- 5) Vertiefung: Anti-Monopol-Ansatz

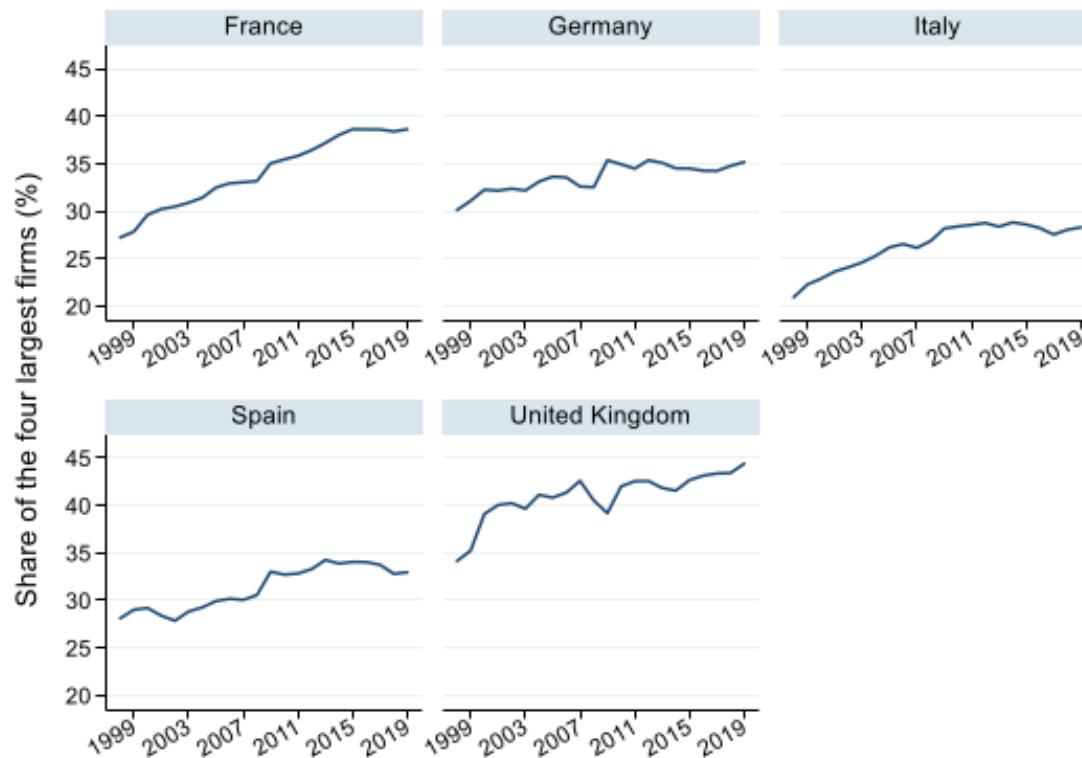
1) Einleitung: Wirtschaft und Demokratie

Unterschiedliche Aspekte:

- Demokratische Gestaltung von Wirtschaft
- Breitere Verteilung von Entscheidungsrechten
- eine dezentralere Verteilung ökonomischer Macht

2) Starke Konzentration ökonomischer Macht

Figure 8 Evolution of average industry concentration in France, Germany, Italy, Spain and the UK, by country, 1998-2019



Marktkonzentration (CR 4/8), EU vs USA



Industry Concentration in Europe and North America. OECD Productivity Working Papers No. 18. 2019.

Quelle: Gábor Koltay, Szabolcs Lorincz, Tommaso Valletti: Concentration and Competition: Evidence from Europe and Implications for Policy. CESifo Working Papers

Deutlicher in einzelnen Sektoren

Bsp. Big Tech



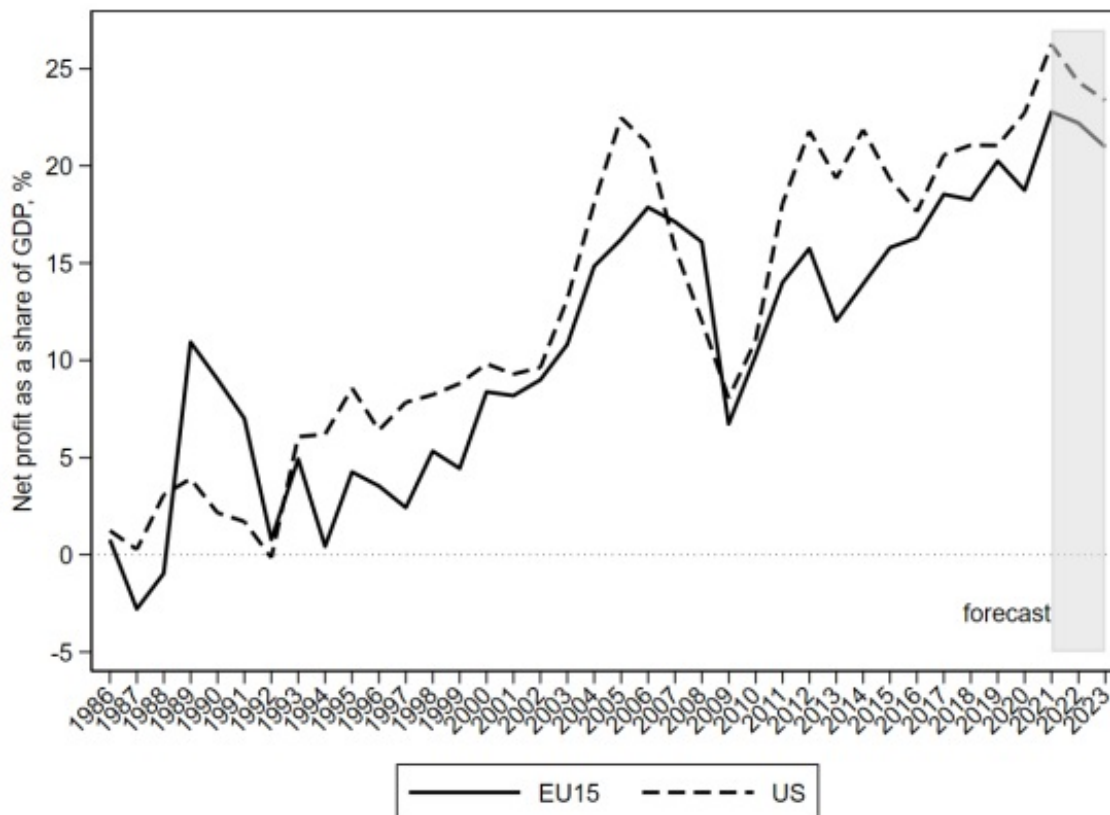
Bsp. Agrar und Lebensmittel:

- Der Marktanteil der vier größten Saatgut-Firmen stieg von 21% in 1994 auf 60% in 2018.
- Lebensmitteleinzelhandel: Edeka, Rewe, REWE, Aldi und die Schwarz-Gruppe (u.a. Lidl) ca. 85 Prozent in D

Weitere Bsp.: Container-Schifffahrt, Unterhaltungsindustrie...

Konzentration verstärkt Ungleichheit und Ausbeutung

Figure 17 Net profit as a share of GDP, EU14+UK and US, 1986-2022



Anteile an
Verbraucherpreisen
(1996/8 - 2015)

Supermärkte
43,5% → 48,3%

Kleinbauern und
Arbeitende
8,8% → 6,5%

R. Willoughby and T. Gore
(2018). Ripe for Change:
Ending human suffering in
supermarket supply chains,
Oxfam International.

3) Konzentration schadet der Demokratie

- Studien zeigen, dass die Lobby-Ausgaben für Unternehmen nach Fusionen stärker steigen als die Unternehmensgröße.
- Das ökonomische Gewicht lässt sich politisch nutzen (Exit-Drohung, Druckmittel Investitionen, Arbeitsplätze, Steuern...)
- Andere Firmen sind ökonomisch abhängig → lassen sich einspannen/ oder wehren sich nicht
 - Gemeinwohlinteressen, die im Widerstreit mit mächtigen Unternehmen stehen, sind oft schwer umsetzbar.

Zudem: Konzerne setzen selbst regulatorische Standards, prägen die technische Entwicklung etc.

4) Ansatzpunkte für Wirtschaftsdemokratie

- Stärkere gesellschaftliche Beteiligung an Regulierung/
Rahmenplanung
- Öffentliches Eigentum und interne Demokratisierung
(Vergesellschaftung)
- Privates Eigentum und interne Demokratisierung
(Mitbestimmung)
- Die Macht und Größe privater Konzerne beschränken
(Fusionen stoppen, Aufspaltungen - Kartellrecht)
- Aufbau und Förderung dezentraler wirtschaftl.
Strukturen, Commons etc.
- Unternehmensrecht (Unternehmensziele), Steuern

Stärkere Beteiligung an Regulierung/ Rahmenplanung

- Demokratische Beteiligung an der Politik stärken:
 - Bürger*innen-Räte, direkte Demokratie,
 - Lobbyregulierung

- Erweiterung der demokratischen Steuerung/ Planung
 - Transformations-Räte, Sektor-Räte
 - Zentrale/ dezentrale Planung?
 - Rationierung (Bsp.: britische Kriegswirtschaft WWII)
 - Steuerung (öffentlicher) Investitionen
 - Marktgestaltung; EEG; Emissionshandel o.ä.?
 - ...

Exkurs: “Der Markt” als Problem vs. gestaltbarer Markt

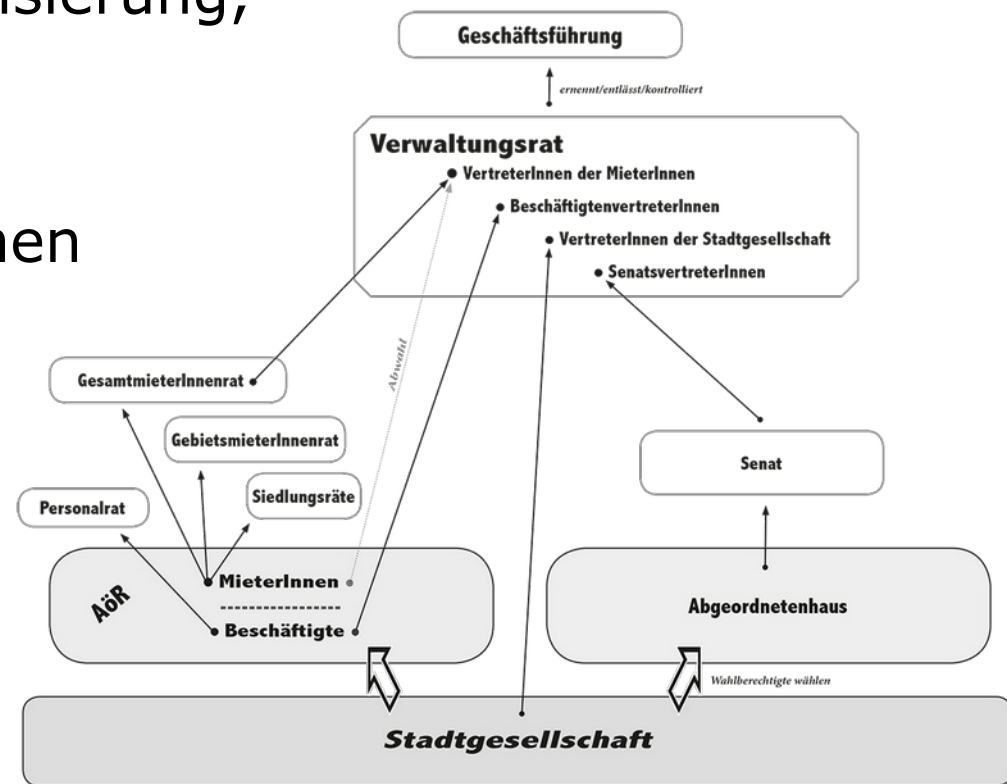
- Wirtschaft – auch Märkte – sind immer in gesellschaftliche Regelsysteme und Beziehungen eingebettet.
- Märkte können unterschiedlich gestaltet sein: in ihrer Struktur und ihren Rahmenseetzungen
- Heute: firmen-zentrierte Märkte, stark vermachtete Märkte
- Neben anderen Ansätzen müssen wir Wege finden, gemeinsame Steuerung/ Grenzen in Märkten einzuführen und zu erproben.

Öffentliches Eigentum, interne Demokratisierung

- Ausbau öffentlicher Dienst, Rekommunalisierung, Vergesellschaftung
- Wichtig: innere Demokratisierung, öffentliche Mitgestaltung
- Beispiel:
Deutsche Wohnen enteignen



Foto: [Shushugah](#); CC BY-SA 4.0



Privates Eigentum und interne Demokratisierung

- Mitbestimmung, Genossenschaften, Betriebe in Hand der Beschäftigten, participatory economics (parecon)
- Mitbestimmung: zentraler Punkt der gewerkschaftlichen Diskussion über Wirtschaftsdemokratie
 - Echte Parität; weitergehende Mitbestimmungsrechte, auch in europäischer Rechtsform SE
 - Aber auch neuere, weitergehende Diskussionen
 - Z.B. Thesen des Denknetz-CH, Forum Neue Politik der Arbeit

(verbleibende) Ansatzpunkte

- Regulierung/ Rahmenplanung
- Vergesellschaftung
- Mitbestimmung u.a.

- Die Macht und Größe privater Konzerne beschränken (z.B. Fusionen stoppen, Aufspaltungen)
- Aufbau und Förderung dezentraler wirtschaftl. Strukturen, Commons etc.
- Unternehmensrecht (Unternehmensziele), Steuern

5) Vertiefung: Anti-Monopol-Ansatz

(oder die progressive Wiederanteignung der Kartellpolitik)

- Institutionen und Regeln, die die Konzentration ökonomischer Macht verhindern sollen und den "Wettbewerb" schützen
- In Deutschland: Bundeskartellamt und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- In Europa: Generaldirektion Wettbewerb (DG Competition)

Anti-Monopol: Die progressive Nutzung dieser Instrumente und weiterer wie Unternehmenssteuern, Unternehmensrecht, ...

Was bedeutet Kartellpolitik?

Kartellverbot: Verbot von wettbewerbswidrigen Absprachen von Unternehmen.

Missbrauchskontrolle: Verfahren gegen Missbrauch von Marktmacht durch ein Unternehmen, etwa Google

- Wichtig: Nicht nur Strafen, sondern Auflagen!

Fusionskontrolle: Prüfung (größerer) Übernahmen

Marktuntersuchungen

Potentiell **Entflechtung/ Aufspaltung**

dazu (sektorspezifische) **Marktregulierung**, etwa DMA

Demokratie als zentrale Orientierung (zu Beginn)

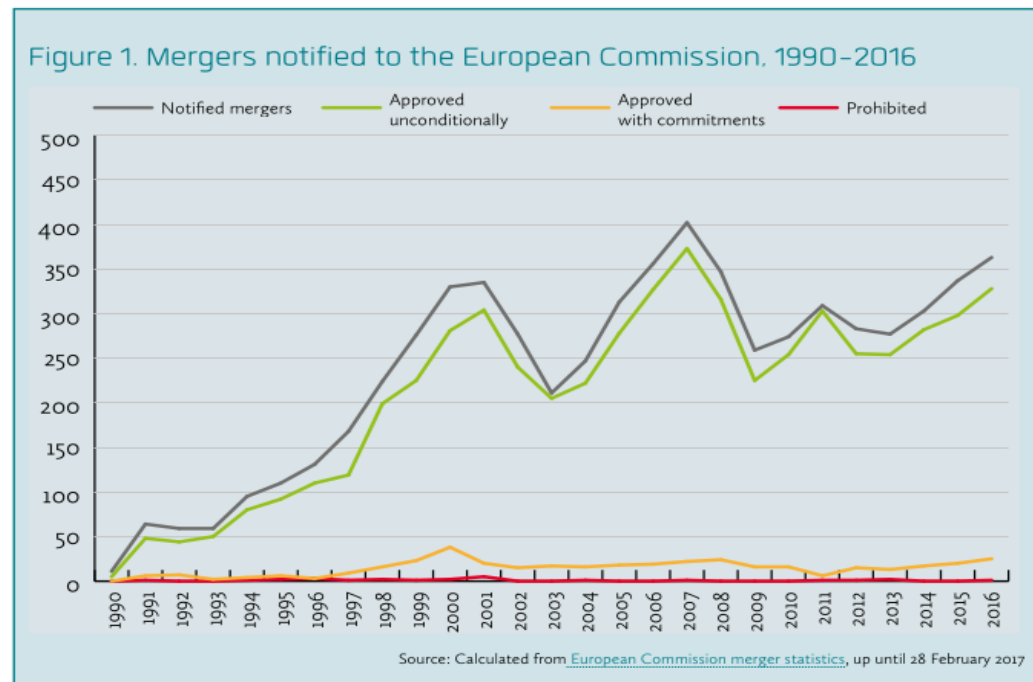
- Sicherung der Demokratie zentral im Kampf gegen Monopole:
Konzentrierte wirtschaftliche Macht führe zu konzentrierter politischer Macht. Demokratie brauche verteilte ökonomische Macht (etwa US-Verfassungsrichter Louis Brandeis).
- Deutschland nach 1945:
 - (Teil) Import von US-Antitrust, (halbherzige) Dekartellierung
 - Ordoliberaler: Wettbewerb auch aus demokratischen Gründen; zugleich gegen Planung/ (Sozial)Staat
 - Kampf um Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (1957)

Das neoliberale Gesicht von Antitrust

- 70er/ 80er Jahre: Von Chicago aus formierte sich ein liberales Gegenlager (Robert Bork)
- Verengung und Ökonomisierung von Antitrust
 - Marktkonzentration ist ok, wenn größere Unternehmen effizient(er) sind
 - Entscheidend seien Preise für Verbraucher*innen (Consumer Welfare Standard)
- Schlägt sich auch in der EU nieder

Heute: Kartellpolitik erfüllt ihren Zweck nicht

- technokratisches Politikfeld
- Übernahmen werden überwiegend durchgewunken



Quelle: Angela Wigger/ Hubert Buch-Hansen: Too Big to Control? The politics of mega-mergers and why the EU is not stopping them. Corporate Europe Observatory 2017.

Eine neue Bewegung im Entstehen

Bewegung in den USA

- Dynamik in Europa: Initiative Konzernmacht beschränken; Rebalancing Power Konferenz, Balanced Economy Project, neues europäisches Netzwerk
- Politische Maßnahmen: GWB 19a, Digital Markets Act
- Aktuell: BMWK will Kartellrecht verschärfen.



Rebalancing Power, Mai 22
Foto: C. Mang

Was braucht es jetzt? Wie geht es weiter?

- Mehr Organisationen + Personen als UnterstützerInnen
 - Anwendungen in eigenen Arbeitsfeldern
 - Verbindungen mit anderen Themen wie Lieferketten-Regulierung, Handel, Arbeitsbedingungen
- "Wettbewerb": kritisch durchdenken, andere Zielvorstellung formulieren
- D: Unterstützung für die aktuelle Verschärfung des Kartellrechts und weitere GWB-Reform
- EU: Arbeit an konkreten Verfahren: Fusionen wie Amazon/ iRobot

Danke

- Kontakt: uli.mueller.work@posteo.de
- Konferenz-Seite: <https://rebalancing-power.org/>
- Balanced Economy Project, balancedeconomy.net
- NL: <https://thecounterbalance.substack.com/>
- Zu Wirtschaftsemokratie breiter:
www.denknetz.ch/wirtschaftsdemokratie
www.fnpa.de/index.php/neue-wirtschaftsdemokratie
- Vergesellschaftung: www.dwenteignen.de/wp-content/uploads/2020/01/Vergesellschaftung_Download_2.-Auflage.pdf